

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Matthias Strolz, Kollegin und Kollegen

betreffend „Umsetzung eines parteiübergreifenden Dialogprozesses zur Schulautonomie“

eingebraucht im Zuge der Debatte über die dringliche Anfrage "Zweifacher Bildungsnotstand in Österreich: fehlende Bildungsstrategie und wachsendes Budgetloch" (4564/J)

Wir sind der Überzeugung, dass mehr Schulautonomie ein guter Hebel ist, um die Qualität der österreichischen Schule und damit die Lernergebnisse der Schüler_innen zu verbessern. Denn sie **stärkt die engagierten, gestalterischen und konstruktiven Kräfte im Schulsystem**. Autonomie ist dabei nie Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck und damit eine handlungsleitende Strategie. Die Forderung nach mehr Schulautonomie wird auch von vielen Betroffenen geteilt. So nahmen 1.460 Pädagoginnen und Pädagogen die Einladung der überparteilichen Initiative "Talente blühen!" an und an einer Online-Befragung zum Thema Arbeitsalltag, berufliches Selbstverständnis und Schulautonomie teil. Das Ergebnis ist eindeutig: Der Wunsch nach mehr Schulautonomie ist überwältigend. Die Lehrerinnen und Lehrer wünschen sich größere Gestaltungsspielräume in verschiedenen Bereichen. Die Ergebnisse im Detail finden sich unter <http://www.talentebluehen.at/umfrage/>. Auch von Seiten der Schüler_innenvertretungen gibt es klare Forderungen in Richtung mehr Schulautonomie. „Schulautonomie als Basis für Bildungssystem“ liest man beispielsweise auf der Homepage der Schülerunion. <http://www.schuelerunion.at/presse/256-schuelerunion-schulautonomie-als-basis-fuer-bildungssystem>

Die Regierung scheint endlich die Zeichen der Zeit und den dringenden Handlungsbedarf erkannt zu haben, und hat die sogenannte Bildungsreformgruppe ins Leben gerufen. Zu Beginn waren die Erwartungen und Hoffnungen groß. Der vorsichtig aufkeimende Optimismus ist jedoch leider schnell der emüchtemden Realität gewichen: Die Arbeit der Bildungsreformgruppe geht in einem unbefriedigenden Tempo, ohne inhaltliche Klarheit, ohne Transparenz und ohne Zeitplan voran. Es gibt bisher keine Einbindung von betroffenen Berufsgruppen. Die Parlamentsfraktionen sind bisher ebenso außen vor wie die Eltern- und Schüler_innenvertretung.

Es ist höchst an der Zeit, dass alle Betroffenen im Rahmen eines Dialogprozesses eingebunden werden. Je umfassender und früher das geschieht, desto größer wird am Ende auch die Zustimmung und Unterstützung ausfallen. Ein gemeinsames Reformprojekt muss im Rahmen eines integrativen Prozesses entwickelt werden.

Mit der Forderung nach mehr Schulautonomie ist immer auch die Forderung nach einer neuen Haltung verbunden. Die Reise hin zu einer umfassenden Schulautonomie bedeutet einen entschlossenen System- und Mentalitätswandel weg von „Verordnen, Kontrollieren und Intervenieren“ hin zu „Vertrauen, Gestalten und Begleiten“. Es ist eine Reise, zu der wir als Republik nur gemeinsam aufbrechen können.

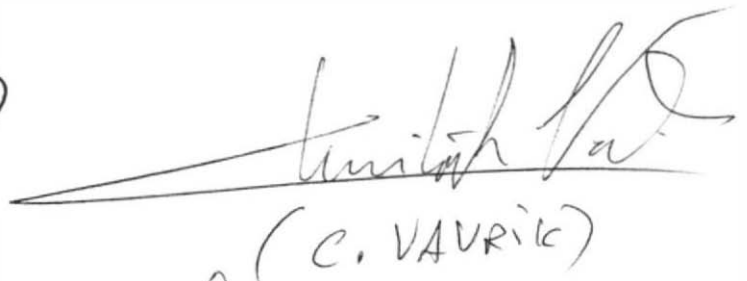
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

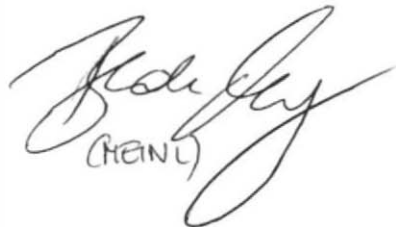
"Die Bundesministerin für Bildung und Frauen wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass ehest möglich ein professionell geleiteter und parteiübergreifender Dialogprozess unter Federführung des Bildungsministeriums für Bildung und Frauen mit breiter Einbindung der Eltern- und Schüler_innenvertretung, Lehrer_innengewerkschaft, Parlamentsparteien, Bundesländer und Sozialpartner sowie unter Einbeziehung externer Expert_innen installiert wird. Im Rahmen dieses umfassenden Dialogprozesses soll bis Jahresende eine gemeinsame Umsetzungsstrategie für umfassende Schulautonomie erarbeitet werden."


(Grotz)


(c. VAURIK)


(ALM)


(Pock)


(HEINL)